

Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 31 - Psychische Gesundheit in der Pflege stärken

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen,

Marret Bohn:

**Landtagsfraktion
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Zentrale: 0431 / 988 – 1500
Durchwahl: 0431 / 988 - 1503
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de
www.sh-gruene-fraktion.de

Nr. 115.21 / 24.03.2021

Personal im Gesundheitswesen nicht im Stich lassen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Gesundheit ist für uns alle ein hohes Gut. Zur Gesundheit gehört auch die psychische Gesundheit. Es gibt viele Arbeitsplätze, die die psychische Gesundheit stark belasten. Pflege gehörte schon vor der Pandemie eindeutig zu diesen Berufen dazu. Und die Situation in der Pflege hat sich enorm zugespitzt. Die Corona-Pandemie führt zu einer massiven Zunahme der psychischen Belastung in der Pflege.

Kaum Kontakte, kein Sport, kein Urlaub, kein Kino und kein Essen gehen als Ausgleich zu einem sehr belastenden Beruf. Dafür Home Office, Home Schooling und nur virtuelles Miteinander. Ein Jahr Corona geht an niemandem spurlos vorbei.

Diejenigen, die sich um Patient*innen kümmern, die an Corona erkrankt sind – in den Kliniken, in den Pflegeheimen, in den Praxen und auch zu Hause - stehen jeden Tag unter enormen Druck. Die Arbeit wird durch die notwendigen Hygienemaßnahmen deutlich aufwendiger. Die Zeit für den Einzelnen ist deshalb noch knapper. Persönliche Schutzausrüstung ist wichtig und erforderlich, sie erschwert allerdings die Arbeit. Dies gilt besonders für die Arbeit auf den Corona-Stationen. Dort gehen die Mitarbeiter*innen oft über ihre eigenen Grenzen, um anderen zu helfen. Pausen können nicht eingehalten werden. Zusatzschichten sind erforderlich, die Regeneration kommt zu kurz. Das hat Folgen.

Der tägliche Umgang mit kranken, schwerkranken und hilflosen Menschen belastet körperlich und psychisch immens. Der Wunsch zu helfen und viel zu oft nicht helfen zu können zerreißt einen. Und nicht zuletzt bleibt die Sorge vor einer Ansteckung, die Sorge um die eigene Gesundheit und die der eigenen Familie.

Ich muss an dieser Stelle allerdings auch deutlich sagen, dass mich der Antrag auch

enttäuscht hat. Kein Satz, kein Wort, keine Silbe zu den Ärzt*innen. Für sie gilt genauso wie für das Pflegepersonal, dass auf ihren Schultern eine schwere Verantwortung lastet. Stellen Sie sich einmal vor, unter welcher riesigen Verantwortung Entscheidungen von ihnen verlangt werden.

Es ergibt aus meiner Sicht Sinn, das ganze Team im Blick zu haben. Da gehören die Ärzt*innen dazu. Und da gehören alle Mitarbeiter*innen in den Kliniken und Praxen dazu. Sie alle leiden unter der Situation. Jetzt muss gehandelt werden, bevor das System zusammenbricht. Allen voran müssen die Arbeitgeber*innen gut für ihre Mitarbeitenden sorgen. Sie müssen ein Auge darauf haben, wo es hakt und wer Probleme hat. Sie müssen dafür Sorge tragen, dass es Lösungen gibt. Sie müssen Ansprechpartner*in sein für ihre Mitarbeiter*innen und Angebote machen, die die Gesundheit der Mitarbeitenden stärken und verbessern.

Und natürlich dürfen wir uns als Gesellschaft nicht einfach raushalten. Auch wir haben eine Verantwortung. Nicht jedem ist es angenehm, gesundheitliche Probleme auf der Arbeit anzusprechen. Auch dann nicht, wenn sie damit zusammenhängen. Es muss auch ausreichend Angebote geben, die frei und niedrigschwellig zugänglich sind.

Das grundsätzliche Problem ist erkannt. Krankenkassen, aber auch die Landesregierung sind bereits tätig. Gemeinsam und nach Möglichkeit im Schulterschluss mit den Arbeitgeber*innen wird daran gearbeitet, Präventions- und Hilfsangebote auszubauen und passgenau weiterzuentwickeln. Das ist das Ziel. Das, was im Antrag gefordert wird, ist bereits auf die Schiene gesetzt. Daher freue ich mich über die Zustimmung zu unserem Antrag.

Mein herzlicher Dank gilt allen Mitarbeiter*innen im Gesundheitswesen, die jeden Tag für uns da sind und ihre Arbeit leisten.
